

## DPG-Rundbrief – Dezember II 2018

Liebe DPG-Mitglieder,  
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

aus gegebenem Anlass geben wir Ihnen/Euch zwei wichtige Stellungnahmen zur Kenntnis, die wir voll inhaltlich unterstützen:

1. Siedler rufen öffentlich zur Ermordung von Präsident Abbas auf
2. Martin Breidert wird als Antisemit und Nazi diffamiert

**Mit folgender Erklärung verurteilt die Botschafterin Palästinas Dr. Khouloud Daibes in aller Schärfe den Mordaufruf:**

„Den öffentlichen Aufruf israelischer Siedler zur Ermordung von Präsident Abbas verurteile ich in aller Schärfe. Wir nehmen diesen Mordaufruf als akute Bedrohung sehr ernst und sind seitdem in großer Sorge um die Sicherheit des Präsidenten.

Der Mordaufruf kommt als Zuspitzung der aktuellen Ereignisse und steht im Kontext der Gewalt und Hetze israelischer Siedler gegenüber palästinensischen Zivilisten. Existentielle Bedrohungen gegenüber dem Präsidenten, aber auch der schutzlosen palästinensischen Zivilbevölkerung dürfen nicht länger hingenommen werden. Sie sind inakzeptabel und töten alle Friedensbemühungen derjenigen, die eine friedliche Lösung im Konflikt erstreben.

Gewaltbereite Siedler genießen die stillschweigende Unterstützung und den Schutz der rechtsextremen israelischen Regierung. Wir erwarten, dass die israelische Regierung solche Aufrufe zur Gewalt sofort unterbindet und konsequent gegen die Urheber des Mordaufrufs vorgeht. Ein solches Handeln der Siedler darf nicht länger über dem Gesetz stehen. Die Internationale Gemeinschaft sollte diesem Hass und dieser Hetze mit Integrität und Rechtsstaatlichkeit konsequent entgegenreten.“

*Botschafterin Dr. Khouloud Daibes*

**Michael Schnarch, Vorstandsmitglied der Wiener Synagogengemeinde, hat unser Mitglied Dr. Martin Breidert in einem Schreiben an die Evangelische Kirche in Deutschland sowie an Institutionen der hessen-nassauischen Kirche als Nazi und Antisemiten diffamiert.**

**Hier die Stellungnahme von Martin Breidert ohne Zorn, aber mit Argumenten geschrieben:**

Sehr geehrter Herr Schnarch,

Sie kennen mich schon lange Zeit, und ich kenne Sie schon längere Zeit. Ihr Schreiben dient ausschließlich dazu, mich auf infame Art und Weise bei evangelisch-kirchlichen Institutionen diffamieren zu wollen. Ihre Versuche, mich in eine Ecke mit Nazis zu stellen, sind zum Scheitern verurteilt.

Die Nazis raubten Juden die ökonomische Existenz, ehe sie ihnen auch die physische Existenz nahmen und sie millionenfach ermordeten. Die BDS -Bewegung dagegen ist gewaltfrei und setzt sich für die Menschenrechte der Palästinenser ein. Wenn Sie die heutige BDS-Bewegung mit dem Aufruf der Nazis "Kauft nicht bei Juden!" gleichsetzen, dann setzen Sie Gandhi mit Hitler gleich.

Ich berufe mich auf die Menschenrechte und auf das Völkerrecht. Ich war Dozent für Sozialethik an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal mit Schwerpunkt Menschenrechte. Ich nahm selbst in den letzten Jahren an Studienreisen in das von Israel besetzte Palästina teil und habe mit eigenen Augen erlebt, wie der Staat Israel die Palästinenser unterdrückt, enteignet und vertreibt. Der Staat Israel verletzt permanent die Menschenrechte und das Völkerrecht.

Das beweisen Dutzende von UN-Resolutionen wie auch die Berichte maßgeblicher Menschenrechtsorganisationen, auch von jüdischen Menschenrechtsorganisationen in Israel und in der Diaspora (s. Anhang). Ich erinnere an die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., an Jewish Voice for Peace (USA), an Jews for Justice for Palestinians (UK) usw.

Wie sehr Israel seit Jahrzehnten systematisch die Menschenrechte der Palästinenser verletzt, haben Amnesty International, Human Rights Watch, UNICEF, UN-Menschenrechtsrat, die UN-Organisation UN OCHA OPT und sogar das sonst diplomatisch zurückhaltende Internationale Komitee vom Roten Kreuz immer und immer wieder beklagt.

Dem von Ihnen zitierten Herrn Felix Klein ist zu antworten, dass der Staat Israel sich selbst delegitimiert, wenn er Siedlungen baut, die völkerrechtswidrig sind, wie zuletzt die Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats vom 23.12. 2016 festgestellt hat:

<http://www.un.org/webcast/pdfs/SRES2334-2016.pdf>

Der Staat Israel hat die Vierte Genfer Konvention 1951 ratifiziert, hält sich aber nicht im Geringsten daran, sondern verletzt massiv Art. 49, der die Ansiedlung in einem besetzten Gebiet verbietet.

Darum trete ich für BDS ein und habe das auch in Vorträgen an vielen Orten in Deutschland und in der Schweiz getan, meist in kirchlichen Räumen (s. Anhang). Weder ich noch die BDS-Bewegung boykottieren alle israelischen Künstler und Wissenschaftler noch alle israelischen Institutionen noch alle israelischen Unternehmer noch alle israelischen Männer und Frauen, sondern nur jene, die die völkerrechtswidrige Besatzung bejahen, sie unterstützen oder mit ihr Profit machen. Von einem Juristen wie Sie erwarte ich die Fähigkeit der Differenzierung.

Auch die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano, die Mitglied im Auschwitz-Orchester war, unterstützt BDS: <https://electronicintifada.net/content/why-auschwitz-survivor-esther-bejarano-supports-bds/26191>

Es gibt eine eindrucksvolle Liste von Aktivitäten US-amerikanischer Kirchen für die Rechte der Palästinenser, incl. BDS. Dazu gehören Episcopal Church, Presbyterian Church, Quäker, Disciples of Christ, United Church of Christ (Partnerkirche vieler unierter deutscher Landeskirchen!), Mennoniten, Alliance of Baptists, Unitarier, Catholic Conference usw.  
<https://uscpr.org/campaign/bds/bdswins/#1499799109159-8f9e0458-b327>

Ehe Sie einen kulturellen Boykott Israels verurteilen, sollten Sie sich bewusst machen, dass Israel selbst ständig einen akademischen und ökonomischen Boykott betreibt. So wurde der Schriftstellerin Susan Abulhawa ("Während die Welt schlief") mit ihrem US-amerikanischen Pass die Einreise nach Israel verweigert, ebenso dem jüdischen US-amerikanischen Publizisten Peter Beinart, ebenso dem Leiter einer Pax Christi-Reisegruppe aus Deutschland, ebenso Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen, die an einer Umwelt-Konferenz in Bethlehem teilnehmen wollten, um nur einige wenige zu nennen, denen die Einreise verweigert wurde.

Palästinensern, die in Gaza leben, wird die Ausreise verweigert, Politikern und UN-Vertretern wurde die Einreise nach Gaza verweigert. Seit mehr als zehn Jahren praktiziert Israel einen ökonomischen Boykott gegen die Bevölkerung im Gazastreifen.

Wenn Sie mit dem Deutsch-Israeli Abraham Melzer eine Rechnung zu begleichen haben, dann setzen Sie sich bitte mit ihm auseinander und lassen Sie mich aus dem Spiel.

Ebenso ist es unredlich und infam, mich in einem Atemzug mit der Hamas zu nennen, als sei ich jemals Unterstützer von Hamas gewesen. Derartige Konnotationen herstellen zu wollen, wirft kein gutes Licht auf Sie und Ihre Argumentationsweise.

Tatsache ist, dass mehr als 40 jüdische Organisationen weltweit für BDS eintreten und sich gegen die Gleichsetzung wehren, Kritik an der Politik Israels sei Antisemitismus:

<https://jewishvoiceforpeace.org/first-ever-40-jewish-groups-worldwide-oppose-equating-antisemitism-with-criticism-of-israel/#german>

Jewish Voice for Peace (USA), Jews for Justice for Palestinians (UK) sind in den angelsächsischen Ländern keine "unbedeutenden Splittergruppen", sondern vertreten ein liberales humanistisches und universal orientiertes Judentum, anders als das rechtsnationale Judentum, das inzwischen in Israel dominant geworden ist und viele jüdische Israelis zur Auswanderung bewegt.

Im Übrigen habe ich aus der deutschen Geschichte und von den biblischen Propheten gelernt, dass nicht immer die Mehrheit auf der richtigen Seite steht.

Mir ist das Schreiben von Leo Sucharewicz vom 24.11. 2018 bekannt, in dem er einen verstärkten Kampf gegen BDS fordert. Insofern erweisen Sie sich mit Ihrem verleumderischen Schreiben als getreuer Mitarbeiter der Hasbara, der israelischen Propagandamaschine, die vom israelischen Ministerium für strategische Angelegenheiten gelenkt wird.

Da Sie Jurist sind, sollte Ihnen das Urteil des Oldenburger Verwaltungsgerichts bekannt sein, das entschieden hat, dass über BDS öffentlich zu diskutieren ist und das Thema nicht durch Raumverbote tabuisiert werden darf.

[https://www.nwzonline.de/oldenburg/politik/oldenburg-israelkritische-initiative-bds-stadt-oldenburg-unterliegt-im-streit-um-versammlung-im-kulturzentrum-pfl\\_a\\_50,2,2544826972.html](https://www.nwzonline.de/oldenburg/politik/oldenburg-israelkritische-initiative-bds-stadt-oldenburg-unterliegt-im-streit-um-versammlung-im-kulturzentrum-pfl_a_50,2,2544826972.html)

In Deutschland ist das Recht der Meinungsfreiheit und der Lehre grundgesetzlich geschützt (Art. 5). Die EU -Außenbeauftragte Federica Mogherini hat in einer Erklärung vor dem EU-Parlament BDS zwar nicht befürwortet, aber betont, dass der Aufruf für BDS durch das Recht auf Meinungsfreiheit gemäß der EU-Charta für Menschenrechte gedeckt ist:

[http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW\\_EN.html?redirect#def1](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW_EN.html?redirect#def1)

Selbst der Antisemitismusbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Felix Klein, kann das deutsche und europäische Grundrecht auf Meinungsfreiheit nicht außer Kraft setzen, so sehr er sich auch für die israelische Regierungspropaganda instrumentalisieren lässt. Was als Antisemitismus im rechtlichen Sinne zu verstehen ist, darüber entscheiden in Deutschland Gerichte, nicht der Bundesbeauftragte zur Bekämpfung von Antisemitismus und erst recht nicht ein Wiener Jurist, selbst wenn er Michael Schnarch heißt.

Dass Kritik an der Politik des Staates Israel nicht antisemitisch sein muss, hat die umfassende empirische Studie des Konstanzer Wissenschaftlers Wilhelm Kempf bewiesen: "Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee" (2015). Er hat nachgewiesen, dass antisemitische Klischees bei jenen, die sich für die Menschenrechte der Palästinenser einsetzen, weniger verbreitet sind als bei vermeintlichen Freunden Israels.

Am Schluss Ihres verleumderischen Schreibens heißt es: "Kritik an Israel ist richtig und gerechtfertigt, ..." Diese salvatorische Klausel findet sich immer und stets, wenn solche Totalangriffe wie der Ihrige geäußert werden. Aber nennen Sie mir ein Beispiel, wo die Jüdische Allgemeine oder die Jüdische Rundschau, der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Deutsch-Israelische Gesellschaft oder die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit jemals fundiert und detailliert Kritik an der Politik des Staates Israel geübt hat! Ich kenne keines. All diese Institutionen sind ebenso wie Sie Teil der Israel-Lobby, die sich vergeblich darum müht, die völkerrechtswidrige Besatzung, den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau, die entschädigungslose Enteignung und Annexion von Land, die willkürliche Inhaftierung politischer Gefangener mit allen Mitteln zu verteidigen, auch mit Mitteln der Verleumdung und der Verdrehung des Rechts (lawfare). Darauf ruht kein Segen.

Nachdem Benjamin Weinthal von der Jerusalem Post mich als Hardcore-Antisemiten diffamiert hatte, erzählte ich seinem Kollegen Gideon Levy von der liberalen israelischen Zeitung Haaretz davon. Er lächelte mich an und sagte zu mir: "Nimm es als eine Ehre!" So will ich es auch mit Ihren Diffamierungen halten.

*Freundliche Grüße  
Martin Breidert*

Das Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft weist die haltlose Kritik an Martin Breidert entschieden zurück. Martin Breidert ist ein entschiedener Friedensaktivist, der sich ohne „Wenn-und-Aber“ gegen Ungerechtigkeit und Missachtung von Menschen- und Völkerrecht seit vielen Jahren einsetzt. Ausgerechnet ihn als Nazi und Antisemit zu bezeichnen, ist mehr als eine Entgleisung des Vorstandsmitgliedes der Wiener Synagogengemeinde.

**Das Präsidium wünscht Ihnen und Ihren Angehörigen ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 2019 und Palästina den erhofften gerechten Frieden.**